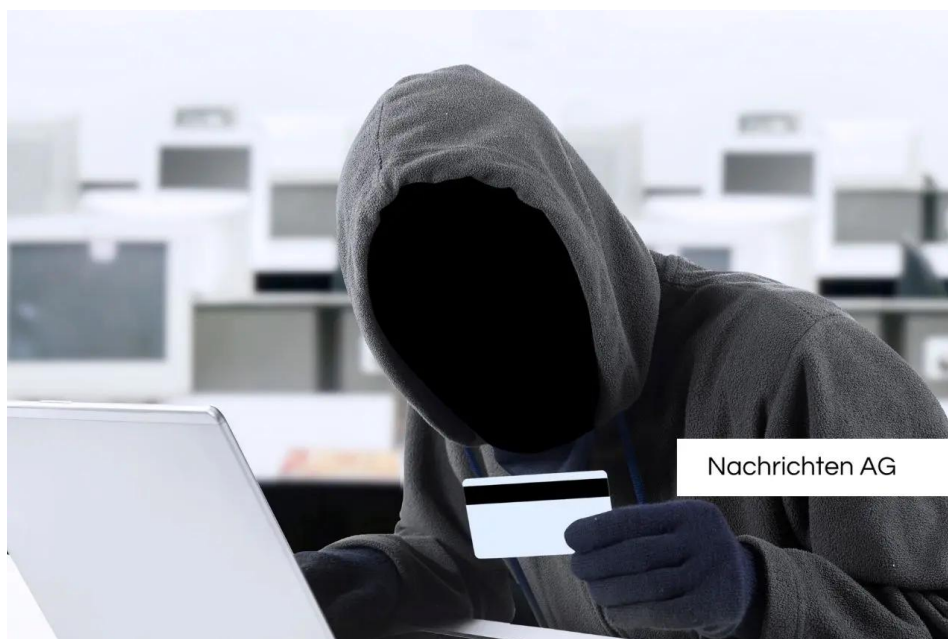


Betrugsskandal am Amtsgericht: Krebskranken nach Geld getäuscht!

Am 8. Mai 2025 beginnt am Düsseldorfer Amtsgericht ein Prozess gegen fünf Angeklagte wegen mutmaßlichen Betrugs an Krebspatienten.



Am Düsseldorfer Amtsgericht beginnt ein Prozess, der die Abgründe des Gesundheitswesens aufzeigt. Fünf Angeklagte, darunter vier Männer im Alter von 50 bis 64 Jahren sowie eine 67-jährige Frau, müssen sich wegen mutmaßlichen Betrugs an einem unheilbar kranken Mann verantworten. **T-online berichtet, dass** die Angeklagten dem 32-jährigen, der an Knochenkrebs leidet, insgesamt 95.000 Euro für wirksame Therapien abgenommen haben sollen.

Der Mann, der schulmedizinisch als austerapiert galt, wurde von einem 50-jährigen Beschuldigten aus Köln angesprochen, der ihm „sehr gute Heilungschancen“ und eine „80-prozentige Erfolgsquote“ versprach. Der Patient nahm die vermeintliche

Hilfe in Anspruch und erhielt im März 2019 eine Injektion, die als „personalisierte Immunzelltherapie“ bezeichnet wurde, sowie eine Lichttherapie. Leider trat jedoch keine Besserung seiner Gesundheit ein, und der Patient verstarb nur drei Tage nach der Behandlung. Laut **Kölner Stadt-Anzeiger** erstattete der Hauptangeklagte der Familie des Verstorbenen später 19.000 Euro zurück.

Schwere Vorwürfe und rechtliche Konsequenzen

Die Angeklagten sehen sich schweren Vorwürfen gegenüber, darunter Verstöße gegen das Heilpraktikergesetz, gefährliche Körperverletzung und Betrug. Besonders alarmierend ist die Tatsache, dass keiner der Beschuldigten über eine Qualifikation als Arzt oder Heilpraktiker verfügt. Dies wirft Fragen zur Sicherheit und Ethik im Gesundheitsbereich auf.

Der Prozess beginnt am Freitag um 10 Uhr und ist bereits der vierte Anlauf in dieser Angelegenheit, was die Tragik und Komplexität des Falls unterstreicht. Solche Fälle sind leider Teil eines besorgniserregenden Trends, der die Gesetzlichen Krankenkassen dazu veranlasst hat, auf Betrugsfälle im Gesundheitswesen aufmerksam zu machen. **Tagesschau berichtet**, dass die Täter zunehmend komplexere Strukturen nutzen, um illegal an Geld zu gelangen, was im vergangenen Jahr zu einem Rekordbetrag von über 200 Millionen Euro an aufgedecktem Betrug führte.

Die Anklage und der Rest des Verfahrens könnten weitreichende Folgen haben, nicht nur für die Angeklagten, sondern auch für die Regulierung und Überwachung im Gesundheitswesen. Der Fall stellt die Frage, wie solche Betrugereien in Zukunft besser verhindert werden können, um Leid und Verlust ähnlicher Art zu vermeiden.

Details	
Quellen	• www.t-online.de • www.ksta.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de